

Halle'sches Tageblatt.



Ercheint täglich Nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis vierteljährlich für Halle und durch die Post bezogen 2 Mark.

Andere und Anzeigenstellen für Inserate und Abonnement bei H. W. Abel, Leipzigerstraße 8. Post. 606, gr. Steinstraße 73. W. Danneberg, Geißstraße 67.

Amtliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle.

Im Selbstverlage des Magistrats der Stadt Halle.

Inserationspreis für die vierteljährliche Corvus-Beile oder deren Raum 15 Bgr.

Reclamen vor dem Tageskalender die dreigeheilte Corvusseite oder deren Raum 40 Bgr.

Nr. 247.

Donnerstag, den 22. Oktober 1885.

86. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Städtische Kommissionen.

Schul-Kommission.

Sitzung am Donnerstag den 22. Oktober cr., Nachmittags 5 Uhr im Magistrats-Sitzungszimmer.

Tages-Ordnung.

- 1) Antrag der Elementarlehrer auf Verbesserung der Gehaltskala.
- 2) Erörterung neuer Lehrerstellen pro Stern f. 3. an den Elementarschulen.
- 3) Desgleichen an der höheren Mädchenschule.
- 4) Anstellung eines Hausmannes an der Bürgermädchenschule.
- 5) Desgleichen an der Turnhalle am Hofplatz.
- 6) Schulgeld-Ermäßigungen an der Bürgerschule.

Finanz-Kommission.

Sitzung am Freitag den 23. Oktober cr., Nachm. 5 Uhr im Magistrats-Sitzungssaal (Sparlajengebäude).

Tages-Ordnung.

- 1) Nachbewilligung von 408 Mark für etw. nicht vorerhobene Gehaltsstunden und eine nöthig gewordene Verrückung eines Lehrers bei der städtischen Realschule.
- 2) Antrag, betreffend die Berechnung der Diäten eines Magistrats-Assistenten im Steuerbureau auf Tit. V. A. 1. a. pos. 34.
- 3) Desgleichen, betreffend Zuschlagserteilung an die Weibkinder auf die Pacht von 18 Ackerparzellen, Terrain des Südrichthofes.
- 4) Desgleichen, betreffend die Verleihung einer Hospital-Kaufstelle.
- 5) Desgleichen, auf Erhöhung der Remuneration der Gehilfen der Armen-Verwaltung resp. des Frauenvereins für städtische Krankenpflege.
- 6) Desgleichen, auf definitive Anstellung eines Polizei-Registratur-Assistenten.
- 7) Verwendung der Erträge der Biersteuer zur Entlastung resp. Entschädigung der ärmeren Steuerzahler.

Bekanntmachung.

Für die nach Ablauf der gegenwärtigen Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses vorzunehmenden Neuwahlen, habe ich auf Grund der §§ 17 und 28 der Verordnung über die Ausübung der Wahl zum Hause der Abgeordneten vom 30. Mai 1849 (Ges.-S. 205) als Wahltermin und zwar für die Wahl der Wahlmänner

den 29. Oktober d. J.,

und für die Wahl der Abgeordneten

den 5. November d. J.

festgesetzt, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht wird.
Berlin, den 1. Oktober 1885.

Der Minister des Innern.
gez. von Puttkamer.

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit im Auftrage des Herrn Regierungs-Präsidenten von Dietz zur öffentlichen Kenntniss gebracht.
Halle a. S., den 5. Oktober 1885.

Der Magistrat.
Staub.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf unsere, im „Halle'schen Tageblatt“ vom 18. d. M. Nr. 244 enthaltene Bekanntmachung vom 17. d. Mts., — die Auslegung der den bevorstehenden Urwahlen für das Abgeordnetenhaus zu Grunde zu legenden allgemeinen Abtheilungsliste sämtlicher hiesorts stimmberechtigten Urwähler betreffend, — bringen wir hiermit fernerweit zur öffentlichen Kenntniss, daß die auf Grund der erwähnten allgemeinen Abtheilungsliste für jeden einzelnen Wahlbezirk gefertigten Auszüge, welche für die resp. Wahlbezirke die Abtheilungsliste bilden, vom 22. bis 24. d. M. im Stadthofetat innerhalb der Bureaustunden für jeden Betheiligten zur Einsicht offen liegen.

Einwendungen gegen diese Bezirks-Abtheilungslisten, welche nur darauf gerichtet werden können, daß Jemand nach seinen in der Urwählerliste eingetragenen Gesamtsteuerbeiträge nicht in die richtige Abtheilung aufgenommen

worden, müssen ebenselbst innerhalb dieser drei Tage mündlich oder schriftlich eingebracht werden.
Halle a. S., den 21. Oktober 1885.

Der Magistrat.
(gez.) Staub.

Bekanntmachung.

Unter Hinweis auf die diesseitige Bekanntmachung vom 24. Dezbr. pr. wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht, daß die von den städtischen Behörden unter Zustimmung der Polizei-Verwaltung festgestellte Straßen- und resp. Baufluchlinie für den südlich der Schmiedstraße belegenen Feldweg nunmehr endgültig festgesetzt ist, da die erhobenen Einwendungen gegen die Angemessenheit der bezüglichen Straßen- und resp. Baufluchlinie von dem Provinzialrathe der Provinz Sachsen als unbegründet endgültig zurückgewiesen sind.

Bemerk wird hierbei noch, daß der bezügliche Plan während der nächsten 4 Wochen in der Bau-Polizei-Registratur, Zimmer Nr. 15 des Polizei-Verwaltungs-Gebäudes, zur Einsicht ausliegt.
Halle a. S., am 20. Oktober 1885.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Herbst-Kontrollversammlungen des diesseitigen Bezirks pro 1885 finden wie folgt statt:

1. Kompagnie.

Kontrollplatz **Gömnitz** — Gasthof zum Ring.
Am 21. November cr. Vormittags 9¹/₂ Uhr für die Jahrgänge 1878—1885.

Kontrollplatz **Merbitz**.

Am 21. November cr. Nachmittags 2 Uhr für die Jahrgänge 1878—1885.

2. Kompagnie.

Kontrollplatz **Ballwitz** — Gasthof zur Birke.
Am 7. November cr. Vormittags 9 Uhr für die Jahrgänge 1878—1885.

Kontrollplatz **Gröbisch** — im Gasthofe.

Am 7. November cr. Nachmittags 2 Uhr für die Jahrgänge 1878—1885.

Kontrollplatz **Gießhüntenitz** — Gasthof zum Mohr.

Am 9. November cr. Vormittags 8 Uhr für die Jahrgänge 1878—1880.

Am 9. November cr. Vormittags 9 Uhr für die Jahrgänge 1881—1885.

Kontrollplatz **Ammendorf** — Gaudischs Restaurant.
Am 9. November cr. Nachmittags 2¹/₂ Uhr für die Jahrgänge 1878—1885.

Kontrollplatz **Reinberg** — am Bahnhofe.

Am 10. November cr. Vormittags 8 Uhr für die Jahrgänge 1878—1885.

3. Kompagnie.

Kontrollplatz **Halle a. S.** Hof der Moritzburg am Paradeplatz.
Am 11. November cr. Vormittags 8 Uhr für die Jahrgänge 1878 und 1879.

Am 11. November cr. Vormittags 10 Uhr für die Jahrgänge 1880 und 1881.

Am 11. November cr. Mittags 12 Uhr für die Jahrgänge 1882—1885.

4. Kompagnie.

Kontrollplatz **Oberweißenthalt** — Planer's Gasthof.
Am 16. November cr. Vormittags 10 Uhr für die Jahrgänge 1878—1885.

Kontrollplatz **Oberdröbblingen** — Soff's Gasthof.
Am 16. November cr. Nachmittags 3 Uhr für die Jahrgänge 1878—1885.

Kontrollplatz **Eisleben** (Stadt) — Weichenhaus.
Am 17. November cr. Vormittags 8 Uhr für die Jahrgänge 1878—1880.

Am 17. November cr. Vormittags 10 Uhr für die Jahrgänge 1881—1885.

Kontrollplatz **Eisleben** (Land) — Weichenhaus.
Am 17. November cr. Mittags 12 Uhr für die Jahrgänge 1878—1880.

Am 18. November cr. Vormittags 8 Uhr für die Jahrgänge 1881—1885.

5. Kompagnie.

Kontrollplatz **Schwittersdorf** — Gasthof zum Stern.
Am 19. November cr. Vormittags 10 Uhr für die Jahrgänge 1878—1885.

Kontrollplatz **Gerbstedt** — am Schiefhause.
Am 20. November cr. Vormittags 11 Uhr für die Jahrgänge 1878—1885.

6. Kompagnie.

Kontrollplatz **Halle a. S.** Hof der Moritzburg am Paradeplatz.

Am 13. November cr. Vormittags 8 Uhr für die Jahrgänge 1878 und 1879.

Am 13. November cr. Vormittags 10 Uhr für die Jahrgänge 1880 und 1881.

Am 13. November cr. Mittags 12 Uhr für die Jahrgänge 1882—1885.

Befondere Ordres werden nicht ausgegeben und ist jeder Kontrollpflichtige lediglich in Folge dieser Bekanntmachung zum Erscheinen verpflichtet.

Unentschuldigtes Ausbleiben oder Gekommenheit auf einem anderen Kontrollplatz und zu anderer Zeit als besohlen, hat die gesetzliche Strafe zur Folge.

Die im Frühjahr d. J. von der Kontroll-Versammlung entbunden gewesenen Mannschaften der Land- bzw. Gewehr, **Jahrgang 1873**, werden bejährl. Ueberführung zum Landsturm von den Kompagnien namentlich beordert.
Halle a. S., den 20. Oktober 1885.

Königliches Bezirks-Kommando.

gez. Knop.

Oberlieutenant z. D. und Bezirks-Kommandeur.

Nichtamtlicher Theil.

Halle, den 21. Oktober.

* Der Zeitpunkt der Lösung für die braunschweigische Regentenschaftsfrage ist gekommen. Der braunschweigische Landtag ist zusammengetreten, um die Wahl eines Regenten zu vollziehen. Staatsminister Graf Oßers-Wrisberg hat im Namen des Regentenschaftsraths den Prinzen Albrecht von Preußen vorgeschlagen. Die Wahl wird wahrscheinlich heute erfolgen. Gestern wurde über den Antrag der staatsrechtlichen Kommission verhandelt, wonach die Landesversammlung in Uebereinstimmung mit dem Bundesrathsbeschlusse vom 2. Juli die Ausübung des auf dem agnatischen Erbrechte und der Bestimmung des auf der gegenwärtigen Verfassung beruhenden Regierungsrechts des Herzogs von Cumberland ausgeschlossen sieht durch die von ihm selbst eingewommene und noch gegenwärtig aufrechterhaltene Stellung bezüglich Erbenthaltung von Rechten auf die preussische Provinz Hannover, wonach sie ferner sich vermahnt gegen die in dem Schreiben des Herzogs von Cumberland vom 22. Sept. ausgesprochenen Weisungen, ihrerseits durch ihre Mitwirkung bei der Regierung des Landes durch den Regentenschaftsrath an einer thatsächlichen Verantwortlichkeit der herzoglichen Rechte Theil genommen zu haben, und wonach sie endlich erklärt, daß sie reichs- oder landesverfassungsmäßige Mittel nicht zu ihrer Verfügung sieht, ihrerseits die vom Herzog von Cumberland selbst geschaffene Lage zu befestigen. Dieser Antrag wurde mit allen gegen zwei Stimmen, und zwar die der Abg. Sallentien und Thiele, die denselben auf Grund der bekannten Gutachten von Zachariae und Bösch bekämpften, angenommen. Das Schreiben des Regentenschaftsraths, in dem die Wahl des Prinzen Albrecht vorgeschlagen wird, sieht wegen der Eigenartigkeit des Falles von einer Begründung welche Vorschlag ab mit dem Bemerten, die Begründung werde die wichtigsten Bedenken gegen eine derartige Begründung theilen. Der Regentenschaftsrath habe im vollsten Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit die eingehende Prüfung erfolgen lassen. Bei Schluß der Sitzung votirte der Landtag dem Minister Grafen Oßers-Wrisberg einstimmig sein volles Vertrauen gegenüber den weltlichen Angriffen.

* Die f. J. im Bundesrathe erfolgte Abstimmung des Königreichs Sachsen über die braunschweigische Thronfolge resp. die Unfähigkeitserklärung des Herzogs von Cumberland zum Regierungsantritt in Braunschweig wird den „Dr. Nachr.“ zufolge zum Gegenstande einer Interpellation in der ersten Kammer des Landes gemacht werden.

* Im bayerischen Abgeordnetenhaus wurde gestern das Militärretats-Gesetz in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen. Der Kriegsminister, Generalleutnant von Feinleth, zog die Vorlage betreffend den Neubau einer Infanterie-Kaserne in Bamberg zurück, indem er sich die Einbringung einer entsprechenden neuen Vorlage vorbehielt. Ferner konstatarie derselbe, daß von den 3300 nachträglich in Deutschland bewilligten Kriegspensionsgläubigen 1060 auf Bayern entfallen.

* Zu den Ausweisungen wird offiziell durch die „B. Pol. Nachr.“ folgende Erklärung erlassen: In einem Theile der oppositionellen Presse wird an die Mittheilung in dem Oesterreichischen Reichsrathe, wonach die

in Preußen stattfindenden Ausweisungen nicht aufenthaltsberechtigter Ausländer auf konfessionellen und sprachlichen Gründen beruhen, der Vorwurf der Intoleranz gegen die Preussische Regierung erhoben. Offenbar ist jedoch übersehen, daß es dabei nicht um konfessionelle Rücksichten an und für sich handelt, sondern um konfessionelle Verhältnisse, welche im engen Zusammenhang mit den nationalen stehen. Deutscherseits wird dem Katholizismus oder wenigstens der Organismus der katholischen Hierarchie in den sprachlich gemischten Distrikten vor allem in Polen und Westpreußen vielfach mit dem Nationalismus, jedoch eine Stärkung des katholischen Elementes eine Verstärkung der katholischen Strömungen bedeutet. Nicht der Konfession an sich, sondern der Konfession, welche als Stützpfeiler vor der polonisierten Tendenz gekniet, gilt die Vertheilungsmassregel der Preussischen Regierung. Der Widerspruch richtiger Minorität zur Förderung Polnisch-nationaler Tendenzen ist es, welcher die Regierung zwingt, darüber zu machen, daß die konfessionellen Verhältnisse in den sprachlich gemischten Provinzen nicht vertrieben. Wenn ferner von linksliberaler Seite zur Befähigung der Regierungsmassregel auf die Schule, als das fruchtbarste Mittel zur Förderung der Germanisierung hingewiesen wird, so ist daran zu erinnern, daß gerade an die durch die Russisch-Polnischen Ueberlieferungen betriebene Verdrängung der sprachlichen und konfessionellen Verhältnisse von dem Centrum die Förderung der Germanisierung durch die Russisch-Polnischen Schulen getrieben wurde. Das die entsprechende umgewandelte Schule das Gegenstück von einer Förderung der Germanisierung bedeutet wurde, wird man aber leicht im leichtesten Augenblick nicht bestreiten wollen. Gerade um die Volksschule im Stande zu erhalten, der wichtigen Aufgabe, zwar nicht der Germanisierung im engeren Sinne, aber der Assimilierung der Polnisch redenden Bevölkerung an den Staat Preußen gerecht zu werden, war es notwendig, jener beinahe gemässelten Verdrängung der sprachlichen und konfessionellen Mischung der Bevölkerung ein Ende zu machen, welche durch die Polnischen Eindringlinge hervorgerufen wurde. Ohne Zweifel wird von der Ausweisung mancher hart betroffen; sie ruht aber auf dem Gebot der Staatsnotwendigkeit und kann daher wegen einzelner Härten nicht ausgesetzt werden.

* Nach der „Post“ zugegangenen neueren Informationen ist das früher angegebene Datum über den Zusammenritt des Reichstages und Landtages als verfrüht zu bezeichnen. Ein definitiver Abschluß ist bis jetzt weder über das Datum der Eröffnung des Reichstages, noch des Landtages, gefaßt worden, doch scheint für die Einberufung des Reichstages die Zeit vom 17. bis 26. November bestimmt in's Auge gefaßt zu sein.

* Der Papst soll, nach dem römischen Korrespondenten des „Lamb. Korr.“, beschloffen haben, sein Amt als Vermittler zu beginnen, ohne vorher eine Kongregation zu befragen, weil dies die Wichtigkeit der von ihm übernommenen Mission abschwächen würde. Das Gerücht, er habe sich von den Konfiskations-Aktualen ein Arbitrium ausarbeiten lassen, entbehrt, wie viele andere auf diese Angelegenheit hin in Umlauf gekommene Gerüchte, der Begründung.

* Die vorgelagerte Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses war eine der stürmischsten, welche je dagewesen, und zwar bei der fortgesetzten Adressdebatte. Sämtliche Neben zu klären, würde zu weit führen, wir begnügen uns deshalb mit den hervorragendsten. Zu diesen gehört unfreilich die Rede des deutschböhmischen Abg. Knob, in Deutschland bekannt durch seine zündende Rede beim Dresdener Turnfeste. In drastischer Form gab er den bekannnten Klagen der Deutschböhmern gegen den Statthalter und die Regierung Ausdruck. Er wies insbesondere darauf hin, daß der Nationalitätenhaber bereits in die Arme eingedrungen sei und wandte sich dann scharf gegen den deutschen Klerus, welcher sein Herz für das Volkstum habe. Der Deutschen stehe aber die Nationalität höher als die Konfession; wenn der deutsche Klerus bei seinem jetzigen Verhalten verharre, würden die Deutsch-Böhmern der katholischen Kirche den Rücken kehren und Altaltarpfosten oder Protestanten werden. Er schloß mit den Worten: „Wenn unter altem Oesterreich zerfallen sollte, wollen wir Deutsche, niemals aber Czechen werden; lieber deutsch sterben als czechisch verderben!“ Minuten-langer Beifallssturm und Rufen begleitete die Rede des Abg. Knob. Ministerpräsident Graf Taaffe verteidigte den Statthalter von Böhmen, der nur Gerechtigkeit geübt habe und erklärte es für seine Pflicht, für die angegriffene Armee einzutreten. Es sei unparteiisch, mit Generalnationale Neutralität in die Arme zu tragen. Diese Worte riefen einen neuen Sturm hervor. Die Rechte klatschte Beifall, die Linke wies den Vorwurf, die Arme angegriffen zu haben, in großer Erregung zurück. „Das ist unweislich“, „Berühm“, „Zurücknehmen!“ „Zurücknehmen!“ so schrien und gellten die Rufe durch den Saal. Die Scene erimerte lebhaft an die Agrarier-Vorgänge. Endlich rief Graf Taaffe, er werde atemlos beweisen, daß die von Knob angeführten Fälle gewöhnliche Bulgarereien waren und die Arme frei von Nationalitätenhaber sei. Erhöhter Sturm. Der Abg. Fiegel will einen Antrag, den Präsidenten zur Ordnung zu rufen, begründen; der Präsident entzieht ihm das Wort, ohne Gehör zu finden. Der Tumult dauert fort und endigt erst nach einer Viertelstunde. Fortsetzung am Dienstag. Material für das von der Redaktion vorbereitete Manuskript hat die Sitzung gerade genug.

* Die Orientkriege hat ihr friedliches Aussehen, welches in den letzten Tagen vorherrschte, auch heute bewahrt. Gleichwohl wäre es voreilig, anzunehmen, daß schon alle Schwierigkeiten beseitigt sind. Das Einlenken des Fürsten Alexander wird allseitig anerkannt, den Serben und Griechen ist dadurch der Boden für ihre Forderungen vorläufig entzogen. Das ist besonders an der Haltung der Serben wahrzunehmen, denn seit beinahe acht Tagen wird fast täglich gemeldet, daß der Einmarsch der Serben in bulgarisches Gebiet bereits begonnen habe oder nahe bevorstehe, worauf dann regelmäßig ein Demütio folgte. Aus Athen wird der „Polit. Korresp.“ gemeldet: Die Regierung hat den Kabinetten in Verantwortung des letzten abzunehmenden Schrittes derselben eine Mittheilung zugehen lassen, in welcher es heißt, die Union Bulgariens und

Distrumeliens würde den status quo auf der Balkanhalbinsel und das darauf beruhende Gleichgewicht der Kräfte zerstören und die griechische und nicht bulgarische Bevölkerung Distrumeliens der Gefahr der Vernichtung aussetzen. Griechenland wünsche aufrichtig den Frieden, man könne aber nicht von ihm verlangen, daß es solchen, seine vitalen Interessen beruhenden Ereignissen gegenüber theilnahmslos bleibe. Dem eventuellen Zusammenritt einer Konferenz werden noch Vorverhandlungen vorausgehen müssen, denn in allen von dieser zu behandelnden Punkten herrscht noch nicht Einigkeit. Die „Times“ will sogar wissen, Lord Salisbury habe die Einnahme Englands an einer Konferenz von gewissen Vorbehalten abhängig gemacht. Die „Morning Post“ erzählt, daß die Kabinette von Berlin, Wien und Petersburg die Abhaltung der Konferenz vereinbarten, die wahrscheinlich in Konstantinopel zusammentreten und den Zweck haben soll, den Berliner Vertrag in der Weise zu modifizieren, daß einer Wiederkehr von Vorgängen, welche den europäischen Frieden zu stören geeignet sind, auf der Balkanhalbinsel vorgebeugt werde. England hat seinen Beitritt zu dem Uebereinkommen der Kaiserreiche davon abhängig gemacht, daß der status quo ante in Distrumeliens nicht wieder hergestellt wird. Western fand eine Sitzung der Botschafterkonferenz in Konstantinopel statt.

* Das französische Stichwahlresultat gefaltet sich nach den neueren Nachrichten bis auf die Kolonien wie folgt: Gewählt sind 242 Republikaner und 26 Konservative. In Paris drangen die Republikaner mit 290,000 bis 247,000 Stimmen durch, die Konservativen erhielten nur 136,000 bis 105,000 Stimmen. Die neue Kammer wird sonach, da man annimmt, daß die Kolonien republikanisch wählen, 380 Republikaner, darunter 105 Kabitale, und 304 Konservative zählen. Gegen die frühere Zusammenstellung ergibt sich der Unterschied, daß die Opportunisten die bis jetzt unergiebige Majorität verloren haben (es fehlen ihnen 28 Stimmen) und auf die zweifelhafte Unterstützung der Radikalen rechnen müssen. Die beiden durchgefallenen Minister Legrand und Hervé-Mangon haben demissionirt und sollen durch Kabitale ersetzt werden.

Die neue Kammer wird zum 10. November zur Prüfung der Mandate einberufen werden. Präsident Grevy nahm die Demission der oben genannten Minister, sowie der Unterstaatssekretäre Gerault und Noujean, welche letzteren ebenfalls bei den Wahlen durchgefallen, an; dieselben bleiben jedoch bis zur Ernennung der Nachfolger im Amt.

Dem Journal „Paris“ zufolge erklärte der Minister des Innern, Allain Targis, in dem gestern (Dienstag) Vormittag stattgehabten Ministerrathe, in gewissen Departementen seien die Konservativen vermöge solcher Wahlmänner gewählt worden, welche die Unzulässigkeitserklärung der Wahlen nach sich ziehen könnten. Der Kriegsminister Camperon verlas eine Depesche des Generals Courcy, in welcher dieses mittheilt, daß ihm von neuen Massacres in Annam Nichts bekannt sei, es handle sich in den bezüglichen Meldungen wahrscheinlich um ältere Vorgänge. Der Korrespondent des „Tamps“ in Tonkin schätzt die Zahl der seit Anfang des Sommers an der Cholera gestorbenen auf 3000 und meldet, die Epidemie fordere noch immer zahlreiche Opfer und hemme die Reorganisation des Landes. Was die aus Frankreich gelandeten Verstärkungen angeht, so seien dieselben kaum ausreichend, die entlassenden Läden auszuführen. — Dem „National“ zufolge wird der Kongress am 21. Dezember zusammentreten.

* Die indische Regierung hat definitiv beschlossen, ein Expeditionskorps nach Birma zu senden, falls sich der König weigern sollte, den von ihr gestellten Forderungen nachzukommen. Das Expeditionskorps soll aus 8000 Mann bestehen. Der britische Kommissar in Rangoon ist angewiesen worden, eine kategorische Antwort auf das englische Ultimatum binnen vier Tagen vom Empfange desselben durch den König an gerechnet, zu verlangen.

* Die General-Synode verhandelte gestern über die Sonntagsruhe und Sonntagsheiligung. Auf Antrag des Grafen von Bismarck-Böhlen wurde beschlossen: An den evangelischen Oberkirchenrath das Ersuchen zu stellen, bei dem künftl. Staatsministerium und durch dasselbe beim Bundesrathe seinen Einfluß geltend zu machen, daß durch eine einheitliche Gesetzgebung sowie durch Anordnungen der Verwaltungsbehörden die Sonntagsruhe mehr als bisher zur Durchführung gebracht werde, so daß 1. die Organe des Staates rüchlich ihrer eigenen Thätigkeit, wie rüchlich der von ihnen ausgehenden Maßnahmen sich ihr unterordnen; 2. die Beamten der öffentlichen und der privaten Verkehrsanstalten ebenfalls ihren Sonntag haben; 3. die landwirtschaftlichen Arbeiten und die gewerblichen Arbeiten in Fabriken, Werkstätten und bei Bauten nur stattfinden dürfen, wenn dieselben ihrer Natur nach keinen Aufschub oder keine Unterbrechung erlauben, oder wenn ein besonderer Nothstand sie erfordert; 4. auch die sonstige gewerbliche Arbeit und der Geschäftsbetrieb, wie Verkaufsläden und Contoren auf das dringendste Beschränkt werden; 5. durch strengere Ueberwachung der Vergnügungsorte und Schaustellungen die überwuchernde Völlerei und die unzüchtigen Einflüsse von den sonntäglichen Erholungen unseres Volkes und seiner Jugend ferngehalten werden. Gleichzeitig wurde beschlossen, die General-Superintendenten zu ersuchen, zur Weckung und Belebung ersten Sonntagsumes und heiliger Sonntagstunde einen Platenbrief an die Gemeinden richten zu lassen. Die Anträge wurden von Superintendent D. Förster-Halle, Hofprediger Ströder und v. Kleff-Regow bekräftigt; die

Annahme erfolgte fast einstimmig. Referent Superintendent D. Förster führte u. A. aus: „Die Frage der Sonntagsruhe sei namentlich in der Provinz Sachsen eine dringende, wo nach der Zurücknahme der bekannten Verfügung über die Sonntagsruhe ein Zustand der Unklarheit eingetreten ist, der auf die Dauer unzulässig sei. Es müsse unter allen Umständen in dieser Frage ein Definitivum geschaffen werden. Daß das Bedürfnis nach einer Regelung der Sonntagsfrage in weite Kreise gedrungen ist, beweisen die aus den verschiedenen Provinzen eingegangenen Anträge, namentlich die aus den Provinzen Sachsen und Brandenburg und die der Berliner Stadt-Synode. Wenn die General-Synode in dieser Frage ein einmütziges, klares Wort abgibt, dann werde sie eine That vollbringen, welche noch größer ergehe, als manche andere dieser Versammlung. Das Gesetz wegen Abänderung der Kirchengemeinde- und Synodalordnung wurde in zweiter Lesung durchberathen und endgültig angenommen. Damit wurde in die Beratung der Pfarrverwaltung geingetreten, wozu zahlreiche Aenderungen vorlagen.“

Telegraphische Nachrichten.

Bremen, 20. Oktober. In der heutigen Sitzung von Delegirten der zur nord-europäischen Konferenz gehörenden transatlantischen Dampfschiffahrts-Kompagnien wurde eine Erhöhung des Zwischenpreises um 10 Mark, beginnend mit dem 1. November, beschlossen. Außerdem wurden wichtige Feststellungen bezüglich einer gemeinschaftlichen Regelung des Passageschiffes getroffen.

Rom, 20. Oktober. In der Provinz Palermo fanden gestern 32 Choleraopfer statt, davon in der Stadt Palermo 21.

Petersburg, 20. Oktober. Der „Börsenzeitung“ zufolge wird das Quantum des im nächsten Jahre von den Goldwäschern gegen fertige Münze einzutauschenden silberhaltigen Goldes auf circa 2140 Tsd. veranschlagt. Der Münzhof sei für 1886 beauftragt, sich für die chemische Scheidung des gedachten Metallquantums bereit zu halten und Halbmünzen für ca. 25 Mill., vollproben Silbermünzen für 0,5 silberne Scheidemünzen (nicht probefähige) für 1, 2 und Kupfermünzen für 0,1 Millionen auszugeben. — Die „Russische St. Petersburger Zeitung“ will wissen, der Finanzminister habe im Reichsrathe einen Gesetzentwurf bezüglich eines neuen Münzhofstatuts und einer neuen Gold- und Silbermünzprägung eingebracht.

Bukarest, 20. Oktober. Die rumänische Regierung hat die Pferdeausfuhr nach Bulgarien verboten.

Tages-Chronik.

* Der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin waren gestern Vormittag mit dem Zuge um 11 Uhr von Potsdam nach Berlin gekommen. Hier angelangt, nahm der Kronprinz im höchsten Kronprinzlichen Palais einige Vorträge und militärische Uebungen entgegen und besuchte darauf den Bau der englischen Kapelle im Schlosse Monbijou, sowie später auch noch die Ausstellung von Entwürfen für das Luther-Denkmal im Akademie-Gebäude. Mit dem Zuge um 3 Uhr kehrten dann beide höchste Herrschaften von hier nach dem Neuen Palais bei Potsdam zurück.

* Prinz Heinrich ist gestern Abend in Begleitung des Korvetten-Kapitäns Frhrn. v. Seckendorff nach Kiel zurückgekehrt.

* Die Prinzessin Friederich Karl hat ihre Reise nach Italien bis zur Rückkehr des Kaisers aus Baden-Baden, der am 23. d. Mts. früh entgegengesehen wird, verschoben.

* Die Meldung von der Erkrankung des Fürsten von Hohenzollern in Pest beruht auf einer Verwechslung. Der 21jährige Erbprinz Wilhelm von Hohenzollern ist in Pest an den Mälen erkrankt.

* An Stelle des zum Ober-Landesgerichts-Präsidenten in Königsberg ernannten bisherigen Senats-Präsidenten beim Kammergericht, Herrn v. Holleben, ist dem „Tageblatt“ zufolge der Geheim-Ober-Justizrath und vortragende Rath im Justizministerium, Herr Hoffmann, zum Mitglied bei dem Bundesamt für das Heimathwesen ernannt worden.

* Zu dem bevorstehenden Schriftstellerkongress in Berlin hat der Minister Maybach für die Retourbillets der Mitglieder des Allgemeinen deutschen Schriftstellerverbandes und Inhaber von Theilnehmerkarten eine Gültigkeitsdauer vom 22. bis 28. Oktober bewilligt.

* Zu dem in militärischen Kreisen geplanten großen Festzuge in Berlin zur Feier des 25jährigen Regierungsjubiläums des Deutschen Kaisers wird auch Kiel einen Veteranen von 1813 stellen. Es lebt hier dort der Mitkämpfer aus dem großen Befreiungskriege Th. A. Wirth, Freese, der bereits ein Alter von 87 Jahren erreicht hat, aber noch sehr rüstig ist und seiner täglichen Beschäftigung nachgeht.

* Der vorige Freitag war ein Unglückstag für manche Schiffe auf der Ostsee. Mehrere große Stettiner und Lübeckische Fahrzeuge sind zu Grunde gegangen, darunter der große Stettiner Dampfer „Melida“, welcher bei nebligem Wetter an der nördlichen Spitze von Vornholm in der Nähe des Dries Alwigen auf den Strand gerathen war. Der am Nachmittage eingetretene Sturm, welcher bis in die Nacht hinein andauerte, machte das Schiff zum vollstündigen Wrack. Die Mannschaft ist glücklicherweise gerettet worden. Merkwürdig ist, daß schon der Vorgänger dieses Dampfers, ebenfalls „Melida“ genannt, vor wenigen Jahren mit Mann und Maus durch einen Schneesturm auf der Ostsee unterging; zum Ersatz für ihn hatte man die neue „Melida“ gebaut.

Gros & detail.

J. LEWIN

Feste Preise.

4. Markt 4. Halle a. S. 4. Markt 4.

Manufactur-Mode-Waaren, Seidenstoffe, Sammete, Leinen, Elsasser Baumwollen-Waaren, Gardinen, Flanelle, Tücher, Reise-, Schlaf- und Stepp-Decken, Bedruckte Möbelstoffe.

Detail-Verkauf

zu

Original-Fabrikpreisen.

Bei meinem bekannten schnellen und großen Umsatz sämtlicher Artikel der Manufacturwaarenbranche habe ich auch das

Damenconfections- und Kleiderstofflager

dahin erweitert, daß ich bei Beginn jeder Saison in der Lage bin, stets die

ersten Neuheiten

auf diesem Gebiete einem geehrten Publikum vorlegen zu können.

Trotzdem werde ich nach wie vor die mittleren Genres meiner Confection in reichhaltigster Auswahl weiterführen und empfehle ich dieselben zur

Herbst-Saison

zu nachstehend außergewöhnlich billigen Preisen:

Es befinden sich stets am Lager mehrere Hundert Piecen Winter- u. Herbst-Plüsch-Jaquets, halb- und ganz anschließend, von 12 Mark an. Regenhavelocks und anschließende Regen-Paletots, nur neueste Stoffe und modern gearbeitet, von 7 Mk., 8 Mk., 9 Mk. bis 18 Mk. Anschließende Plüsch-Paletots in schwarz und braun, 15 Mk. bis 24 Mk. Schwarze und farbige Stoff-Paletots, säkrig geknüpft, 7,50, 9, 12 bis 18 Mk. Winter-Dollmanns, nur aus Modellen bestehend (statt 50—60 Mk.) nur 18—24 Mark. Angora-Mäntel, neueste Facons und Stoffe, 9 Mk., 12 Mk. und 15 Mk.

Ferner offerire ich meinen werthen Kunden einen

grossen Posten buntfarbiger Möbel-Cöpers,

welche sich besonders zu Portièren u. Gardinen eignen, zu dem enorm billigen Preis von 45 Pfg. pr. Meter.

Größtes Sortiment Elsasser Hemdentuche, beste Qual., nur 45 Pfg. pr. Mtr. (statt früher 60 Pfg.), 2. Qual. pr. Mtr. 35 Pfg. (früher 50—55 Pfg.), 3. Qual. 27 Pfg. (früher 40 Pfg.), Chiffons und Shirts, nur bessere Qualitäten, 23—35 Pfg. pr. Mtr. Größtes Sortiment Bettzeuge und Inletts 30, 40, 50 und 60 Pfg. pr. Meter, in glatt rosa Inlett u. Drell, Bettbreite Meter 90 u. 125 Pfg., 1a. Qual. 150 Pfg., Herrenhuter Leinen, 64 und 54 Meter 30, 40, 50, 60—100 Pfg., Handtuchzeuge in grau 15—35 Pfg. pr. Meter, in weiß 30—60 Pfg. In Bettdecken und Tischdecken stets Gelegenheitskäufe.

Sämtliche Futterartikel bedeutend ermäßigt.

Stets großes Lager in

englischen und sächsischen schweren Tüll-Gardinen

84 Prima Zwirn-Gardinen, à Mtr. 30 und 35 Pfg.

104 Prima Zwirn-Gardinen, à Mtr. 40 und 45 Pfg.

Ein Posten Tricot-Tailen, nur beste Qualität in sämtlichen Farben 3, 4 und 5 Mk.

Gestrichte Damen-Röcke Mk. 1,20. Große schwarze Tailen-Tücher pr. Stk. 65 Pf.

Herren-, Damen- u. Kinder-Wäsche ist im Preise ganz besonders zurückgesetzt worden.

Sie den redaktionellen und Inseratenzettel verantwortlich Julius Runderdt in Halle. — Bildg./s. Buchbinder (R. Metzmann) in Halle.

Siehe 2 Beilagen.